

131008

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch ich finde es toll und gut, dass wir heute über das Ehrenamt sprechen. Das Ehrenamt ist das Rückgrat unserer Gesellschaft. Wir sagen immer: Das Ehrenamt ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält.

Vorhin wurde von Frau Waldmann gesagt, 3,6 Millionen Menschen oder 40 % der Bevölkerung über 14 Jahren engagierten sich. Interessant ist, dass diese Zahl aus dem Jahr 2009 stammt. Ich habe inzwischen schon zwei oder drei Schriftliche Anfragen gestellt, um zu klären, wann diese Zahl endlich einmal aktualisiert werden kann. Bei Reden könnte dann darauf Bezug genommen werden, wie viele Personen das im Jahr 2015 betrifft. Auf diese Weise ließe sich auch feststellen, ob es gegenwärtig mehr Personen sind. Es wird immer versprochen, dass das Ehrenamt weiterentwickelt wird und ein Bericht im Jahr 2016 vielleicht herauskommen soll. Wichtig ist auch: Wenn wir damit argumentieren und die Menschen loben, dann wollen wir unseren Aussagen auch konkret aktuelle Zahlen zugrunde legen.

Beim Ehrenamt ist vieles gut und richtig. Eine Umsetzung des Gesetzentwurfs der SPD würde zum großen Teil neue Strukturen schaffen. Das ist unser Kritikpunkt; denn Strukturen sind vorhanden, und bevor ich vorhandene Strukturen ersetze, muss ich versuchen, diese zu stärken. Es ist ganz wichtig, die vorhandenen Strukturen zu stärken. Im Grundsatz, Frau Waldmann, sind wir gar nicht so weit auseinander. Aber wir konzentrieren uns auf die vorhandenen Strukturen und fragen uns, wie diese gestärkt werden können.

Uns ist wichtig: Das Ehrenamt darf kein Lückenfüller sein. Das freiwillige Engagement darf keine sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze verdrängen oder ein Ersatz für staatliche Aufgaben sein. Das ehrenamtliche Engagement – es wurde bereits mehrfach gesagt, aber ich muss es trotzdem wiederholen – zahlt sich auch volkswirtschaftlich aus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

131013

Der Einsatz von 1 Euro im Ehrenamt schafft volkswirtschaftlich einen Ertrag von 7,24 Euro. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, der immer wieder betont werden muss. Deshalb begrüßen wir auch grundsätzlich den Gesetzentwurf der SPD, weil er auf bestehende Defizite hinweist, die beseitigt werden müssen.

Ich muss aber einige Punkte herausgreifen: Koordinierungszentren sind zwar gut, aber es fehlt der Bezug auf vorhandene Einrichtungen wie Freiwilligenagenturen, Mütter- und Familienzentren und Mehrgenerationenhäuser. Die zuletzt genannten Elemente fehlen in dem Gesetzentwurf. Wir hätten gerne, dass auch diese einbezogen werden. Besonders aufgefallen ist und besonders gestört hat uns: Im Gesetzentwurf der SPD taucht mit keinem Wort das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement auf. Wenn wir Strukturen verbessern wollen, dann geht es ganz klar nur mit dem Landesnetzwerk. Das ist ein Schwachpunkt in dem Gesetzentwurf der SPD.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

131016

Der Bezug zur Schule ist wichtig und richtig. Wenn es aber um die Stärkung des Ehrenamtes geht, dann muss – das ist auch Inhalt unseres Antrags, den wir schon mehrfach gestellt haben –, das Service-Learning gefördert werden. Ohne ein Service-Learning, ohne diese außerschulischen ehrenamtlichen Projekte von Schülern, geht es nicht. Wir wollen aber nicht immer nur auf Vorzeigeprojekte hinweisen. Das Wichtige ist, dass solche Projekte flächendeckend angeboten werden. Wir brauchen solche Projekte auch nicht neu, da in den Schulen schon viel gemacht und viel praktiziert wird, wie zum Beispiel an einem Gymnasium in Erlangen.

Einen eigenen Landesbeauftragten fordern wir genauso wie die SPD. Wir haben diese Forderung schon am 18. Februar erhoben. In dem Antrag ging es um die Fortführung des Ehrenamtsbotschafters. Interessant war, dass damals die CSU noch nicht in der Lage war, dem Antrag zuzustimmen. Sie war lediglich bereit, den Antrag in einen Prüf-antrag umzuwandeln. Wir fragen uns natürlich, warum das so lange dauert. Wir brauchen eine solche Stelle, weil sie wichtig ist. Es stellt sich die Frage, ob ehrenamtlich oder nicht. Wir haben schon sehr viele Beauftragte im Landtag in Bayern. Wir haben einen Datenschutzbeauftragten, einen Pflegebeauftragten, einen Integrationsbeauftragten, eine Behindertebeauftragte und, und und. Auf dieser Ebene wäre es wichtig, einen Ehrenamtsbeauftragten einzurichten. Wir hoffen, dass die Staatsregierung uns möglichst bald einen Vorschlag macht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

131019

Wir meinen, dass damit keine Parallelstrukturen geschaffen werden – dieses Argument wurde ab und zu im Ausschuss gebracht –, sondern das sind unterstützende Strukturen für das Ehrenamt, die wir brauchen.

Auch die Ehrenamtskarte wurde angesprochen. Diese ist ein hervorragendes Lebenswerk von Markus Sackmann, der in Bayern sehr große Maßstäbe gesetzt hat. Auch die CSU spricht von einem echten Mehrwert für das Ehrenamt. Wir müssen diesen Mehrwert auch stärken. In diesem Zusammenhang komme ich wieder auf die Kommunen zurück. Wir bekommen immer wieder mit, dass die Umsetzung der Ehrenamtskarte viele Landkreise finanziell überfordert. Einmalig gibt es nur eine Zuweisung von 5.000 Euro. Das ist zu wenig. Fast alle Kommunen müssen dauerhaft Personal einstellen, welches sie letztlich selbst finanzieren müssen. Die Kommunen finanzieren somit ein bayernweites Vorzeigeprojekt der Staatsregierung. Wir meinen, dass deshalb die Staatsregierung das Ganze noch stärker unterstützen muss. Wir haben daher in gewissem Maße Verständnis für die Stadt München, die sich bisher ausgeklinkt hat. München darf sich aber aus der Sache nicht ausklinken. München als Landeshauptstadt muss dabei sein, wenn es um die Ehrenamtskarte geht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

131022

Die Frage ist, ob wir in Bezug auf den Landesbeirat ein neues Gremium brauchen. Ich habe den Gesetzentwurf so verstanden, dass der Landesbeirat den bisherigen Runden Tisch praktisch ersetzen soll. Mündlich ist ausgeführt worden, dass dies weiterent-

wickelt werden soll. Bei dem Runden Tisch, an welchem ich auch teilnehme, sind alle gesellschaftlichen Gruppen eingebunden.

141001

Der Runde Tisch – da bin ich auch dabei, und alle gesellschaftlichen Gruppen sind dort vertreten – ist vom Ansatz her gut und richtig. Aber wir meinen – da gibt es gewisse Parallelen –, er soll effektiver gestaltet werden. Zum Beispiel haben wir zweimal im Jahr Sitzungen. Wenn er effektiv arbeiten soll, müssten wir es schaffen, dass häufiger Sitzungen stattfinden, wie das bei vergleichbaren Ausschüssen der Fall ist. Innerhalb von sechs Monaten passiert doch relativ viel. Vielleicht sollten auch Unterarbeitskreise eingerichtet werden. So etwas gibt es beim Bundestag übrigens auch. Der Runde Tisch sollte also gestärkt werden und mehr in Form eines Ausschusses arbeiten. Er sollte auch mehr Kompetenzen haben.

141002

Der Vorschlag, dass jährlich vor dem Landtag oder dem Sozialausschuss berichtet wird, ist richtig, gut, sinnvoll und notwendig. Bisher gibt es den Runden Tisch Ehrenamt. Aber im Sozialausschuss wird im Prinzip nur zufällig oder gar nicht berichtet. Wir meinen, ein Bericht über den Runden Tisch trägt zu mehr Transparenz bei und führt zu einer besseren Information der Mitglieder des Sozialausschusses. Das ist, glaube ich, ganz wichtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

141004

Über den Vorschlag einer Stiftung haben wir am Runden Tisch Bürgerschaftliches Engagement ausführlich diskutiert. Aber wir haben dann eine Alternative entwickelt. Die

Alternative ist der Engagementpreis. Da wollten alle 100.000 Euro; aber der Preis wurde auf 75.000 Euro gekürzt. Damit müssen wir uns jetzt zufriedengeben. Aber dieser Engagementpreis ist unsere konkrete Alternative. Er wird jetzt am 30. Juni in Nürnberg verliehen. Diese Alternative haben wir mehrheitlich besprochen, und jetzt versuchen wir, den Preis auszubauen und in die Öffentlichkeit zu bringen.

141005

Der Gesetzentwurf der SPD bietet auch Möglichkeiten, auf Defizite der Staatsregierung hinzuweisen. Es gibt nämlich – das ist uns auch ganz wichtig – Handlungsempfehlungen zur Verbesserung des Ehrenamtes – jetzt müssen Sie zuhören – aus dem Jahre 2010. Zu diesen Empfehlungen gibt es ein schönes Papier. Dazu haben wir einen Antrag gestellt, der vom Runden Tisch einstimmig befürwortet, aber im Sozialausschuss noch nicht behandelt worden ist. Wir meinen, es wäre ein großer Mehrwert, wenn die 70 Empfehlungen aus dem Jahr 2010 – wir haben genau nachgeprüft und festgestellt, dass 30 noch nicht umgesetzt sind – berücksichtigt würden. Es wäre wichtig, die Handlungsempfehlungen aus dem Jahr 2010 im Jahr 2016 endlich anzugehen. Das wäre ein sehr großer Mehrwert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

141007

Es gibt ein weiteres Defizit. Unsere Fraktion hat im Jahr 2014 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes zur Freistellung von Arbeitnehmern zum Zwecke der Jugendarbeit, das aus dem Jahre 1980 stammt, eingebracht. Es soll der aktuellen Entwicklung angepasst werden. Die Erste Lesung des Gesetzentwurfs der FREIEN WÄHLER fand im April 2014 statt. Jetzt haben wir April 2016, aber im Prinzip geht gar nichts vo-

ran. Wir meinen, das kann nicht sein. Die Jugendverbände sprechen uns auch dauernd an, dass wir etwas für die Freistellung tun müssen. Das ist ein Bereich, der das Ehrenamt zentral betrifft. Deswegen wollen wir, dass es endlich zur Zweiten Lesung hier im Plenum kommt. Wir haben manchmal das Gefühl, dass die Behandlung unseres Gesetzentwurfs bewusst verzögert wird. Vielleicht hat es die CSU noch nicht geschafft, einen eigenen Gesetzentwurf einzubringen. Ich weiß ja genau, dass auch Sie mit den Verbänden reden und eigentlich auch wollen, dass das Gesetz verändert und aktualisiert wird. Es stammt aus dem Jahr 1980, und deshalb müssen wir Veränderungen vornehmen.

141008

Fazit: Der Gesetzentwurf der SPD bietet die Möglichkeit, über das Ehrenamt zu diskutieren, und wir müssen hier auch weitermachen. Aber wir müssen die bestehenden Strukturen einbeziehen – wir versuchen das auch mit Anträgen – und versuchen, sie aufzubauen. Wir sollen nicht von vornherein anstreben, sie zu streichen und dafür neue zu schaffen.

141010

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Ich komme zum Schluss und sage, dass wir uns, weil der Gesetzentwurf gute Ansätze enthält, aber nicht allen unseren Forderungen entspricht, der Stimme enthalten werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

141017

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Im Gesetzentwurf steht nur der Landesbeirat und nichts vom Runden Tisch. Daraus folgern wir, dass der Runde Tisch damit abgeschafft werden soll. Das ist der erste Punkt.

Beim zweiten Punkt geht es um das Landesnetzwerk. Ich habe mit Frau Leitzmann und Thomas Rübke sehr guten Kontakt, und wir haben uns ausgetauscht. Sie haben mehrfach gesagt, dass sie sich sehr gewundert haben, dass sie im Vorfeld nicht eingebunden wurden. Sie wären dazu bereit gewesen. Man sollte das Landesnetzwerk schon einbeziehen. Sie haben mir gesagt, dass das ein Defizit im Gesetzentwurf der SPD ist. Das habe ich mit ihnen zweimal besprochen.

Ich danke für den Hinweis. Wir müssen aber weiterkommen. Das Landesnetzwerk veranstaltet am 31. Mai im Rathaus der Stadt München einen parlamentarischen Abend, bei dem es auch um das Ehrenamt und das Service-Learning geht. Darüber können wir am 31. Mai im Rathaus in München um 16 Uhr weiter diskutieren.

151010

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Die Aufnahme des Ehrenamts in die Bayerische Verfassung war keine Luftnummer. Das möchte ich ganz klar sagen. Dies war ein wichtiger Impuls, der gesetzt wurde. Nun muss dies aber auch umgesetzt werden. Das ist wichtig. Dabei sind wir alle gefordert. Auch die GRÜNEN sind gefordert, sich einzubringen. Wir haben hier im Landtag – sogar einstimmig – den Beschluss gefasst, hierfür finanzielle Mittel bereitzustellen. Dies muss auch so sein; denn: ohne Moos nix los.

Ich sage noch einmal: Die Aufnahme des Ehrenamts in die Verfassung war keine Luftnummer.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)